Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Drei Meldungen aus dem WDR-Ticker zum Coronavirus-Fall in NRW
2. Gutachten: Heime müssen über 100.000 Pflegekräfte zusätzlich einstellen
3. Europarat beschließt: Julian Assange muss sofort freigelassen werden!
4. Innovation, Bildung, Wohnraum: EU fordert höhere Investitionen von Deutschland
5. Giffeys halber Triumph: Das Gute-Kita-Gesetz hält nicht, was es verspricht
6. Das Ende der Energiewende?
7. Der Krieg nach dem Krieg
8. Kundus ist nicht vergessen
9. De-minimis: Zweifel
10. Amerikas Drohnenkrieger
11. Wessen Wahn schlug hier zu?
12. Streit um die Chinapolitik
13. “Wir haben schwere Fehler eingestanden”
14. CDU-Politiker feiert mit Björn Höcke „Pegida“-Jubiläum
15. Das große Wegschweigen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Drei Meldungen aus dem WDR-Ticker zum Coronavirus-Fall in NRW**
   6.02 Uhr: NRW-Ministerpräsident Armin Laschet versucht, die Bevölkerung nach dem Bekanntwerden der beiden Fälle des Corona-Virus zu beruhigen. “Die Lage ist unter Kontrolle”, sagte er der “Bild”-Zeitung. Die Behörden würden alles tun, “was aus gesundheitspolitischen Schutzmaßnahmen auch für die Menschen in diesem Land erforderlich ist”.

   15.59 Uhr: Nach den ersten beidem Infektionsfällen in NRW rechnet der Direktor der

Düsseldorfer Uniklinik, Dieter Häussinger, vorerst nicht mit einer Eindämmung des Virus. “Wir müssen davon ausgehen, dass diese Infektion sich jetzt ausbreiten wird”, sagt er.
Quelle: WDR

Anmerkung Jens Berger: *„Schöner“ kann man die Augenwischerei der deutschen Politik kaum zusammenfassen, als diese zwei aufeinander folgenden Tickermeldungen. Das volle Ausmaß des Behördenversagens zeigt jedoch erst eine Tickermeldung, die mehr als eine Stunde zuvor kam …*

> 14:31 Uhr: Es gibt neue Informationen zum Coronavirus-Patienten aus Gangelt im Kreis Heinsberg. Der Mann hat im Krankenhaus bereits seit dem 16. Februar über Symptome wie Fieber und Husten geklagt. Das sagte der Ärztlicher Direktor des Hermann-Josef-Krankenhauses Erkelenz, Harry Elsbernd. In das Krankenhaus waren der Mann und seine Ehefrau am Rosenmontag gekommen. “Bei Aufnahme fiel bereits eine deutlich eingeschränkte Lungenfunktion auf”, berichtete Elsbernd. Der Patient sei auf die Intensivstation gekommen. “Dort kam es zu einer raschen und rapiden Verschlechterung des allgemeinen Zustandes. Es kam zu einem Lungenversagen”, so der Chefarzt. Man habe ihn aber stabil halten können.“

… die Frau ist übrigens Kindergärtnerin und die Zahl der potentiellen Angesteckten während der letzten 10 Tage kaum zu überschauen. Aber hey, „die Lage ist unter Kontrolle“.

Anmerkung Christian Reimann: *Das Lob der internationalen Gesundheitsexperten zugunsten Chinas ist vor diesem Hintergrund besonders interessant. Wenn etwas in China funktioniert, dann auf jeden Fall auch der Staat und seine (Gesundheits-)Institutionen. Demgegenüber scheinen im “Land der Dichter und Denker” immer noch zu viele Personen – insbesondere politische Entscheidungsträger – zu denken, der deutsche Staat sei gut und funktioniere. Dabei ist seit der Kohl-Kanzlerschaft der Staat mit seinen Strukturen in Behörden und Verwaltungen massiv abgebaut worden.*

dazu: Reaktion der Märkte: Dax fällt auf tiefsten Stand seit Oktober
Die Aktienmärkte sind durch die Ausbreitung des Coronavirus im Krisenmodus. Auch bei anderen Anlageklassen zeigen sich deutliche Auswirkungen.

Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers H.K.: *Da freut sich doch jeder Rentner, der über eine Kapital gedeckte Rente verfügt. Das Spielkasino wird's schon richten. Mal sehen was an den Börsen geschieht, wenn die Rezession erst mal so richtig Fahrt aufnimmt.*

2. **Gutachten: Heime müssen über 100.000 Pflegekräfte zusätzlich einstellen**
In den Altenpflegeheimen in Deutschland sind über 100.000 Pflegekräfte zusätzlich nötig, um die hohe Arbeitsbelastung zu senken und eine angemessene Betreuung der Pflegebedürftigen zu gewährleisten. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten der Universität Bremen im Auftrag von Pflegekassen und -diensten, das dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) vorliegt.
Quelle: RND

Anmerkung Christian Reimann: *Auch die miserablen Arbeitsbedingungen in deutschen Pflegeheimen sind seit Jahren bekannt. Trotzdem scheint der Bundesregierung nichts besseres als Absichtserklärungen einzufallen. Und ob das Anwerben von ausländischen Fachkräften die richtige Antwort ist, kann bezweifelt werden. Gibt es überhaupt einen Mangel an Pflegekräften hierzulande oder sind die Arbeitsbedingungen (z.B. niedrige Entlohnung bei Überstunden) schlicht zu schlecht?*

3. **Europarat beschließt: Julian Assange muss sofort freigelassen werden!**
Julian Assange, der Gründer der Aufdeckung-Plattform „Wikileaks", wurde offenbar fast zehn Jahre unschuldig festgehalten. Nachdem die Plattform schwer belastendes Material über die USA veröffentlicht hatte, wurde Assange 2010 in Schweden Vergewaltigung vorgeworfen. Nun stellt sich heraus: Die Polizei hat diese Anschuldigungen manipuliert. Mittlerweile hat Schweden die Anklage fallengelassen; doch die britischen Behörden halten an ihrer Anklage fest. Kommt es zu einer Auslieferung an die USA drohen Julian Assange 175 Jahre Haft. Der Europarat fordert in seiner Resolution die sofortige Freilassung und ein Ende der Folter.
Dem SPÖ Politiker und Europarat Stefan Schennach ist es zu verdanken, dass der Europarat so klar Position bezieht. Schennach ist Generalberichterstatter für Medienfreiheit und Journalismus im Europarat.
Quelle: Kontrast.at

dazu: Vertrauen ist gut, Whistleblowing ist besser
Der Informant ist eine gesellschaftliche Kontrollinstanz. Er muss gesetzlich geschützt werden […]
Da die Enthüllungen allerdings die Folgen für das Gemeinwesen aufdecken, kann man

von einem klassischen Kriminellen, der aus Eigennutz handelt oder Mitwisser verrät, nun wahrlich nicht ausgehen. Der Whistleblower macht sich also nicht schuldig, wie es Kriminelle im Regelfall tun. Ganz im Gegenteil. Er handelt nach hehrer Bestimmung, bedient gewissermaßen ein altruistisches Motiv. Und nimmt dafür auch noch Nachteile in Kauf. Wobei das Wort »Nachteil« nun wirklich noch viel zu optimistisch gewählt ist. Whistleblower verlieren nicht nur ihren Job, sondern ihre Freiheit und ihr bis dahin bekanntes Leben. Sie werden um Jahre ihres Daseins gebracht – lebenslänglich, wenn es nach denen geht, die sie plump als Verräter anprangern.
Dabei stellt das Whistleblowing eine Chance dar. Es ist nämlich eine Ressource in einer Arbeitswelt, die immer unübersichtlicher wird.
Quelle: Heppenheimer Hiob

4. **Innovation, Bildung, Wohnraum: EU fordert höhere Investitionen von Deutschland**
   Die Richtung stimmt, aber es reicht noch nicht: Nach Ansicht der EU-Kommission investiert Deutschland zu wenig in die Zukunft – etwa in Bildung, nachhaltigen Verkehr oder Wohnraum.
   Seit Jahren gleichen sich die Appelle aus Brüssel – und immerhin bescheinigt die EU-Kommission Deutschland nun leichte Fortschritte: Mittlerweile gebe es einen Trend zu wachsenden privaten und öffentlichen Investitionen, stellt die Behörde in ihrer jährlichen Analyse der Wirtschaftslage der EU-Staaten mit. Allerdings reiche das in etlichen Bereichen noch lange nicht aus. […]
   Drei Länder sieht die Behörde mit besonderer Sorge, im Bewertungsraster der Kommission bescheinigt sie ihnen “erhebliche ökonomische Ungleichgewichte” – in solchen Fällen kann die Kommission vorschlagen, dass der Rat als Vertretung der EU-Staaten von den Ländern Rechenschaft und einen Zeitplan mit geplanten Vorhaben verlangt:
   Quelle: DER SPIEGEL

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Zum x-ten Mal fasst die EU-Kommission Deutschland, das mit seinen Rekord-Leistungsbilanzüberschlüssen maximal gegen die EU-Regeln verstößt, mit Samthandschuhen an. Ein bisschen “dududu”, und dann macht Deutschland fröhlich und verkehrt weiter, wie in den letzten 20 Jahren. Griechenland, Zypern und Italien dagegen, die auch gegen (einige seltsame und einige vernünftige) Regeln der EU verstoßen, werden hart angegangen: Zypern wegen eines tatsächlich sehr hohen Leistungsbilanzdefizits, prozentual allerdings etwa gleich hoch wie der deutsche Leistungsbilanzüberschuss; Griechenland wegen der hohen Schulden und der hohen Arbeitslosigkeit, die die extrem wirtschaftsschädlichen angeblichen*

"Rettungspakete" der EU maßgeblich mitverursacht haben; und Italien wegen der hohen Staatsverschuldung. Nur: keins dieser Länder verhält sich auch nur annähernd so katastrophal für den Rest der EU wie Deutschland.

5. **Giffeys halber Triumph: Das Gute-Kita-Gesetz hält nicht, was es verspricht**
   Bis 2022 bekommen die Länder eine Finanzspritze von 5,5 Milliarden Euro. Während die Union sich für Qualität einsetzte, wollte die SPD auch die Gebühren senken. So entstand ein Katalog von zehn Maßnahmen, aus denen sich die Länder welche auswählen können, von Gebührensenkung über Verstärkung der Kindertagespflege bis zur Qualifizierung des Personals.
   Kein Wunder also, dass ein Drittel der Gelder für die Senkung der Gebühren ausgegeben wird. Besonders in der Kritik war Manuela Schwesig, SPD-Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern, die dafür sorgte, dass das Geld in ihrem Land ausschließlich zur Abschaffung der Gebühren verwendet wurde. Das lässt sich dann kaum noch Qualitätsoffensive nennen.
   Der Witz an der Geschichte ist, dass die vormalige Bundesfamilienministern Schwesig die eigentliche Mutter des Gesetzes war. Ihr Wunschziel hieß damals „Qualitätsgesetz". So schnell können Wünsche sich ändern.
   Quelle: Berliner Zeitung
6. **Das Ende der Energiewende?**
   Der Ausbau der Windkraft ist in den letzten Jahren stark eingebrochen. Ohne die günstige Energiequelle aber steht eine ganze Branche vor dem Aus. Die von der Bundesregierung noch vor kurzem beschlossenen Klimaschutzziele könnten nicht eingehalten werden. …
   Der in der Bundesregierung für Energie zuständige Minister Peter Altmaier erklärt gegenüber "ZDFzoom": "Wo wir heute Öl und Gas importieren, Kohle und Nuklearbrennstäbe, dort werden wir in Zukunft vermehrt grünen Wasserstoff importieren." "ZDFzoom" fragt bei den in Deutschland in Energiefragen führenden Wissenschaftlern nach, was es bedeutet, so genannten "grünen Wasserstoff", der mit Hilfe von Photovoltaik und Windstrom unter anderem in Afrika produziert werden soll, zu importieren. Martin Robinius, vom Forschungszentrum Jülich, erklärt: "Import (…) macht definitiv keinen Sinn. Wir müssen die Erneuerbaren – insbesondere Wind – in Deutschland ausbauen. Nur, wenn wir das realisieren, können wir sicher gehen, dass die Preise für Haushalte und Industrie (…) nicht explodieren".
   Quelle: ZDF

Anmerkung JK: *Eine Sendung, die einen die Tränen der Verzweiflung in die Augen treibt. Insbesondere die Idee des Wirtschaftsministers Peter Altmaier (CDU) "grünen"*

Wasserstoff zu importieren während er sehenden Auges die Windenergiebranche in den Ruin treibt.

7. **Der Krieg nach dem Krieg**
   Die EU weitet ihre Sanktionen gegen Syrien aus und legt damit dem Wiederaufbau des Landes neue Steine in den Weg. Die Sanktionen, die vergangene Woche verhängt wurden, treffen mehrere Geschäftsleute und setzen damit die Praxis der EU fort, potenzielle Investoren von einer Beteiligung am Wiederaufbau abzuschrecken. Zum selben Zweck hat die Trump-Administration bereits im Dezember eigene Sanktionen verhängt, die Experten als sehr weitreichend beschreiben und von denen es heißt, sie seien, weil sie Personen und Firmen aus sämtlichen Staaten weltweit treffen könnten, geeignet, Syrien "auf Jahre hin zu isolieren". US-Experten erläutern, man halte die Sanktionen für geeignet, die syrische Bevölkerung in die Elendsrevolte zu treiben. Damit lasse sich womöglich erreichen, was man im Krieg nicht geschafft habe: der Sturz der Regierung von Bashar al Assad. Beim European Council on Foreign Relations ist von einem zweiten "langen Krieg" die Rede, diesmal mit den Mitteln der Ökonomie. Kritiker sprechen von einer "Politik der verbrannten Erde".
   Quelle: German Foreign Policy
8. **Kundus ist nicht vergessen**
   „Abdul Hanan und den Opfern von Kundus muss endlich Gerechtigkeit widerfahren", erklärt Christine Buchholz, Mitglied des Verteidigungsausschusses und ehemaliges Mitglied des Kundus-Untersuchungsausschusses, nach der heutigen Anhörung vor der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Gegenstand der Anhörung ist die Frage, ob in Deutschland nach dem tödlichen Angriff auf zwei Tanklastwagen im afghanischen Kundus im Jahr 2009 korrekt ermittelt worden ist.
   Buchholz weiter:
   „Es ist erfreulich, dass die Verteidiger der Opferfamilien heute endlich Gelegenheit bekamen, in Straßburg ihre Argumente vorzutragen. Denn die Bundesregierung versucht, den Mantel des Schweigens über das Verbrechen von Kundus zu legen. Damit darf sie nicht durchkommen.
   Die Strafverfolgung gegen Oberst Klein und seinen Fliegerleitoffizier wurde nach nur fünf Wochen und nach unzureichender Beweisaufnahme eingestellt. Es ist und bleibt ein Skandal, dass Abdul Hanan und die Opferfamilien selbst nie angehört wurden.
   Die Bundesregierung hat bis heute nichts unternommen, um die Umstände und die Folgen des Luftangriffes aufzuklären. Stattdessen versuchte sie auf die damaligen Ermittlungen über eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe im Bundesverteidigungsministerium Einfluss zu nehmen. Das kritisierte DIE LINKE bereits 2011 in ihrem Sondervotum zum parlamentarischen Untersuchungsausschuss

zu Kundus. Diese Kritik bleibt aktuell."
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag

9. **De-minimis: Zweifel**
Ein wichtiger Aspekt der neuen Rüstungsexportregeln ist die Einführung einer sog. „De-minimis-Regelung", mit der eine Art Blankoexportschein für Produkte erteilt wird, bei denen der deutsche Anteil den Wert von 20 Prozent nicht überschreitet (siehe IMI-Analyse 2019/21). Die FAZ berichtet nun von einem interessanterweise aus der Bundeswehr-Universität stammenden Gutachten, das die Regelung für gesetzeswidrig hält: „An der Rechtmäßigkeit des deutsch-französischen Abkommens über Rüstungsexporte gibt es Zweifel. Das geht aus einem Gutachten der Staatsrechtlerin Sigrid Boysen hervor, das der F.A.Z. vorliegt. Die Kritik der Lehrstuhlinhaberin für Öffentliches Recht an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg zielt auf das Kernelement des Abkommens, die sogenannte De-minimis-Regel. […] Dem Gutachten der Uni Hamburg zufolge verstößt dieses neue Abkommen aber gegen geltendes Recht. Die Bundesregierung dürfe die Entscheidung über Rüstungsexporte grundsätzlich nicht delegieren. Ferner sei für das Abkommen ein Zustimmungsgesetz des Deutschen Bundestags erforderlich. Und schließlich verstoße die De-Minimis-Regelung auch gegen den Vertrag über Waffenhandel (ATT) und damit gegen Internationales Recht."
Quelle: Informationsstelle Militarisierung e.V.

dazu: Rechtliche Zweifel an deutsch-französischem Rüstungsabkommen
Einem Gutachten zufolge verstößt Deutschland mit dem Vertrag gegen internationales Recht. In Auftrag gegeben hat es Greenpeace. Die Umweltorganisation spricht von einem Skandal und prüft juristische Schritte.
Quelle: FAZ

10. **Amerikas Drohnenkrieger**
Im Dokumentarfilm kommen Menschen zu Wort, die das Schweigen über eine der umstrittensten militärischen Maßnahmen brechen. Sie sprechen über den weitgehend geheimen Drohnenkrieg der USA.
Im Zentrum des Films stehen drei Kriegsveteranen der US Air Force, die in unterschiedlichen Funktionen selbst am Drohnenkrieg beteiligt waren. Ihre Mitschuld an der Tötung Unbekannter – und möglicherweise Unschuldiger – lässt sie nicht zur Ruhe kommen. Im Verlauf des Films nehmen ihre Geschichten dramatische Wendungen. So fährt eine Protagonistin selbst nach Afghanistan, wo sie mit einem grauenhaften Vorfall und dessen Opfern konfrontiert wird.
Quelle: 3sat

11. **Wessen Wahn schlug hier zu?**
    Zu den Attentaten auf neun Menschen in den Hanauer Shisha-Bars. Wenn mein Eindruck nicht täuscht, ist längst noch nicht ausgemacht, wie die bundesdeutsche Öffentlichkeit letztendlich die Mordtaten in Hanau bewerten wird: als Verbrechen eines schwerstgestörten Einzeltäters oder als Resultat einer fremdenfeindlichen Hetze, die immer stärker um sich gegriffen hat in diesem Land. Der folgende Beitrag versucht, der Klärung dieser Frage ein ganzes Stück weit näher zu kommen.
    Quelle: Hinter den Schlagzeilen
12. **Streit um die Chinapolitik**
    Unter dem Eindruck der ungebrochenen US-Kampagne gegen den chinesischen Konzern Huawei hält in Berlin die Debatte über den Umgang mit Beijing an. Ungeachtet des wachsenden Unmuts in der Bundesregierung über die US-Einmischung in die deutsche Chinapolitik fordern transatlantische Kreise, so etwa Bündnis 90/Die Grünen, eine engere Verkopplung mit Washington. Reinhard Bütikofer, Europaabgeordneter der Grünen, plädiert für die Gründung eines "Transatlantic China Caucus" aus Abgeordneten des US-Kongresses und des Europaparlaments – ungeachtet offen bellizistischer Äußerungen etwa des US-Verteidigungsministers auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Umgekehrt plädieren Teile der deutschen Wirtschaft für eine enge Kooperation mit der Volksrepublik; zur Zeit legen die Schäden, die deutschen Firmen wegen des Coronavirus drohen, den gewaltigen Nutzen des Chinageschäfts für die Industrie in der Bundesrepublik offen. Berliner Regierungsberater warnen mittlerweile, die EU drohe "im Spannungsfeld der amerikanisch-chinesischen Rivalität … zerrieben zu werden".
    Quelle: German Foreign Policy
13. **"Wir haben schwere Fehler eingestanden"**
    Die CDU-Spitze hofft auf Ahnungslosigkeit in weiten Teilen der Öffentlichkeit, wenn sie mantraartig behauptet, die Linkspartei habe die SED-Vergangenheit nicht aufgearbeitet. Der Vorwurf ist schlicht falsch, und das nicht nur für Thüringen. […] Friedrich Merz ist für Neuwahlen in Erfurt, hat aber ebenso keinen Weg gewiesen, wie das ohne Zusammenarbeit mit Bodo Ramelow gelingen könnte. Und Norbert Röttgen schmückt seine Bewerbungsrede mit dem Hinweis, "dass die Linkspartei eine Partei ist, die die Aufarbeitung mit ihrer diktatorischen Vergangenheit, 40 Jahre SED, noch nicht einmal begonnen hat." Stimmt nicht, kontert der MDR im Faktencheck, jedenfalls nicht so undifferenziert.
    Quelle: Kontext: Wochenzeitung
14. **CDU-Politiker feiert mit Björn Höcke „Pegida"-Jubiläum**
    Doch ein CDU-Politiker ist dem „Pegida"-Höcke-Ruf gefolgt: der CDU-Stadtrat Wolfgang Jacobi aus dem Nahe Dresden gelegenen Radebeul. Der 67 Jahre alte

Schlossermeister war samt Deutschland-Fähnchen nach Dresden gereist und hatte sich dem Demonstrationszug angeschlossen, obwohl der Sächsische CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer erstmals auch zu einem Protest gegen den rechtsextremen Spuck aufgerufen hatte. (…)
Auf einem von Arndt Ginzel auf Facebook veröffentlichten Video, freier Fernsehjournalist unter anderem für „Frontal 21“, ist die Teilnahme des Christdemokraten in Dresden belegt. Eine Stellungnahme des Radebeuler CDU-Parteivorsitzenden Werner Glowka ist auf der Facebook-Seite von Ginzle dokumentiert. Er engagiere sich bei der CDU, damit „die AfD bei kommenden Wahlen deutlich weniger Stimmen bekommt. Ich stelle jedoch seit langem fest, dass die Strategie des Eindreschens, des Moralisierens und Abkanzelns bisher das Gegenteil bewirkt hat. Deshalb beteilige ich mich daran nicht, sondern werbe für kontinuierliche Sacharbeit.“
Nach einer Distanz zur Rechtsaußenpartei, um die sich die Union aktuell gerade nach den Ereignissen in Thüringen besonders bemüht, klingt das nicht.
Quelle: FR Online

Anmerkung Christian Reimann: *Entweder hat die Bundes-CDU ihre Mitglieder “nicht im Griff” oder die Abgrenzung zur AfD vielleicht doch nicht ernst gemeint.*

15. **Das große Wegschweigen**
Zwei Männer suchen einen Raum, in dem sie eine Nazi-Geschichte erzählen können. Nicht irgendeine, sondern eine über Fürst Ernst II. von Hohenlohe-Langenburg, der Hitler für ein Geschenk Gottes hält. Die beiden Männer finden keinen Saal, weil sie keinen kriegen sollen. In Langenburg und anderswo. […]
Deutlich schwerer tut sich das Landesarchiv Baden-Württemberg, dessen Außenstelle auf Schloss Neuenstein das Hohenlohe-Zentralarchiv verwaltet. Immerhin eine staatliche Einrichtung, getragen durch Steuergelder. Er würde sehr gerne Ja sagen, verrät ein Mitarbeiter (Name der Redaktion bekannt) am 29. Oktober 2018, “und würde damit doch den Fürsten tief verärgern”. Er überlege aber, wie er den Autoren trotzdem ein “gutes Podium” bieten könne. Das Grübeln hält bis heute an.
Garmatter versucht es nun im fünf Kilometer entfernten Gerabronn beim “Historischen Arbeitskreis”. Selbiger wird bei Bürgermeister Christian Mauch vorstellig. Ohne Erfolg. Wenn Langenburg keinen Raum stelle, werde es auch für die Nachbargemeinde schwierig, heißt es, schließlich befinde man sich in der Verwaltungsgemeinschaft Langenburg-Gerabronn. Das sei “sehr bedauerlich”, berichtet der Arbeitskreis am 22. November 2018, aber ihnen seien nun die “Hände gebunden”.

Fehlt nur noch die Kirche. Am 19. November 2018 fragt Ralf Garmatter bei der Evangelischen Kirchengemeinde Langenburg an. Ein Vortrag wäre in ihren Kreisen besonders interessant, begründet er, weil ihr früherer Dekan Albert Borst (1892 -1941) nicht nur der Seelsorger der Fürstenfamilie gewesen sei, sondern auch ein strammer Nationalsozialist. Ernst II. saß bei ihm regelmäßig in der Kirchenbank und im Kirchengemeinderat, dessen Aufstellung im "engsten Einvernehmen" mit der Ortsgruppenleitung der NSDAP erfolgt sei, notierte der "Stahlhelmpfarrer" Borst 1933.
Am 15. April 2019 erreicht Garmatter die Absage. Die Mehrheit des Kirchengemeinderats habe sich dagegen ausgesprochen, der Grund sei aber nicht gewesen, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema "generell abgelehnt wird", verkündet das Langenburger Pfarramt. Wie es sich im Besonderen verhält, verrät Marianne Mühlenstedt, die Vorsitzende des Gremiums, nicht.
Quelle: Kontext: Wochenzeitung